

## Gemeinsame Sitzung der Unterausschüsse Zivile Krisenprävention und Abrüstung am 24.3.2021

Thema: Kleinwaffen und ihre Verbreitung: Wie können Deutschland und Europa zu effektiver Kleinwaffenkontrolle beitragen?

Stellungnahme:

Silke Pfeiffer, Brot für die Welt & Ralf Willinger, terre des hommes

Unter Bezugnahme auf die Studie „Kleinwaffen in kleinen Händen“<sup>1</sup>; Autor: Christopher Steinmetz.

Hrsg.: BfdW und tdh

19.3.2021

### 1. Herausforderungen / Problembeschreibung

Waffen, insbesondere Kleinwaffen und Leichte Waffen, sind bekanntermaßen eine wesentliche Ursache anhaltender Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Konfliktgebieten. Durch Kleinwaffen werden Schätzungen zufolge täglich ca. 1000 Menschen getötet.<sup>2</sup> Man kann also getrost von Massenvernichtungswaffen sprechen, wie es VN-Generalsekretär Kofi Annan 2000 vorgeschlagen hat.<sup>3</sup>

Kleinwaffen machen es auch möglich, dass bereits Zehnjährige mit einer Kalaschnikow AK47 oder einem G3-Gewehr das Töten lernen. So sind Kinder in besonderer Weise von Kriegen und Konflikten betroffen, in vielen Kriegsgebieten werden Kinder zwangsrekrutiert, entführt, verschleppt, missbraucht. Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser sind nach wie vor an der Tagesordnung. Für das Jahr 2019 haben die Vereinten Nationen den Tod oder die Verstümmelung von mehr als 10.000 Kindern dokumentiert – viele weitere Fälle wurden nicht erfasst.

Vor diesem Hintergrund haben die Vereinten Nationen wiederholt die VN-Mitgliedsstaaten aufgefordert, den Transfer von Waffen und Munition, insbesondere von Kleinwaffen und Leichten Waffen, in Konfliktgebiete zu unterlassen. So wurde die Bundesregierung bereits wiederholt vom VN-Kinderrechtsausschuss aufgefordert, seine Rüstungsexportpolitik in Bezug auf die Länder zu korrigieren, in denen Kindersoldat:innen rekrutiert oder andere schwere Verletzungen von Kinderrechten in bewaffneten Konflikten begangen werden. Konkret soll Deutschland: „per Gesetz explizit den Verkauf von Rüstungsgütern verbieten, wenn die Gefahr besteht, dass der endgültige Bestimmungsort ein Land ist, in dem Kinder (möglicherweise) für Kampfhandlungen rekrutiert werden“.<sup>4</sup>

Der Kinderrechtsausschuss mit Sitz in Genf hat die Aufgabe, die Umsetzung und Einhaltung des „Übereinkommens über die Rechte der Kinder“ und seiner Zusatzprotokolle durch die Vertragsstaaten zu überwachen und Empfehlungen zur verbesserten Umsetzung zu machen.

<sup>1</sup> Steinmetz, Christopher (2020): Kleinwaffen in kleinen Händen. Deutsche Rüstungsexporte verletzen Kinderrechte; Hrsg. v. Brot für die Welt und terre des hommes Deutschland e.v.; [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Kleinwaffen\\_in\\_kleinen\\_Haenden.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Kleinwaffen_in_kleinen_Haenden.pdf)

<sup>2</sup> [http://www.controlarms.org/en/documents\\_and\\_files/killer-facts2](http://www.controlarms.org/en/documents_and_files/killer-facts2)

<sup>3</sup> [https://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We\\_The\\_Peoples.pdf](https://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We_The_Peoples.pdf); S.52

<sup>4</sup> UN Committee on the Rights of the Child (2014), S.14 ff, offizielle deutsche Arbeitsübersetzung des Familienministeriums BMFSFJ

Deutschland hat die Kinderrechtskonvention und weitere Fakultativprotokolle ratifiziert und in der Vergangenheit immer wieder beteuert, dem Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten höchste Priorität beizumessen. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen erklärt dazu: „Mehr als eine Milliarde Kinder weltweit sind von aktuellen Konflikten betroffen. Schätzungsweise 250.000 von denen wurden als Kindersoldaten rekrutiert. Der Schutz von Kindern weltweit – auch vor Missbrauch als Soldaten, ist integraler Bestandteil deutscher Politik.“<sup>5</sup>

Anlässlich der erneuten Überprüfung Deutschlands im VN-Kinderrechtsausschuss im Februar 2021 haben Brot für die Welt und Terre des Hommes eine Studie in Auftrag gegeben, um im Untersuchungszeitraum 2014-19 den Blick auf die deutsche Rüstungsexportpolitik und -praxis zu werfen. Die Fragestellung lautete: In welche Länder liefert Deutschland Waffen – insbesondere Kleinwaffen – und welche Auswirkungen haben diese Exporte auf die Rechte von Kindern und Jugendlichen vor Ort?

Ein Blick in öffentlich zugängliche statistische Daten verrät, dass die Bundesregierung seit 2014 Rüstungsexporte im Wert von 3 Milliarden EUR an Afghanistan, Indien, Irak, Israel, Kolumbien, Nigeria, Pakistan, Philippinen und Thailand genehmigt hat.<sup>6</sup> Hierbei handelt es sich um neun von insgesamt zwanzig Ländern, die seit 2014 in den „Jahresberichten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über Kinder und bewaffnete Konflikte“ (Secretary-General Annual Report on Children and Armed Conflict) für schwere Verletzungen der Kinderrechte in bewaffneten Konflikten verantwortlich gemacht werden.<sup>7</sup> Besonders bedenklich ist, dass alle diese Länder außer Nigeria auch Kleinwaffen- und Munitionsexporte im Wert von 150 Millionen EUR für Streitkräfte und Polizeieinheiten genehmigt bekommen haben, obwohl diese für schwere Verletzungen von Kinder- und Menschenrechten verantwortlich sind. Die folgenden Beispiele mögen dies illustrieren:

#### Fallbeispiele

**Indien** findet seit 2009 im jährlichen Bericht des VN-Generalsekretärs Erwähnung. Trotz bewaffneter Konflikte im Land und Berichten der Vereinten Nationen und indischer Nichtregierungsorganisationen über schwere Verletzungen von Kinderrechten bleibt Indien einer der größten Empfänger deutscher Rüstungsgüter in Asien. Seit 2014 wurden Genehmigungen im Wert von mehr als 600 Millionen EUR erteilt, darunter auch für das in Indien unter Lizenz endmontierte Panzerabwehrraketensystem „Milan“. Darüber hinaus hat Indien seit 2015 wenigstens 3.800 Maschinenpistolen erhalten, von denen einige auch für Polizei und paramilitärische Einheiten bestimmt waren. Außerdem wurden deutsche Kleinwaffen über die USA nach Indien geliefert – zuletzt wurden zwischen 2019 und 2020 72.400 SIG716-Sturmgewehre über Sig Sauer Tochterunternehmen in den USA an die indische Regierung geliefert.<sup>8</sup>

Die **Philippinen** erleben insbesondere seit dem Amtsantritt von Präsident Duterte 2016 einen dramatischen Anstieg ziviler Opfer infolge staatlicher "Terrorismusbekämpfung" und des

<sup>5</sup> <https://new-york-un.diplo.de/un-de/themen/kinder-in-bewaffneten-konflikten/926362#:~:text=Mehr%20als%20eine%20Milliarde%20Kinder,ist%20integraler%20Bestandteil%20deutscher%20Politik>

<sup>6</sup> Für weitere Informationen siehe: Steinmetz, C. (2020): Kleinwaffen in kleinen Händen: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/kleinwaffen-kinderhaende/>

<sup>7</sup> Vgl. <https://childrenandarmedconflict.un.org/virtual-library/>; Lieferungen für UN- und EU-Missionen sowie deutsche Botschaften sind in der Aufzählung nicht mit berücksichtigt. Ebenso finden die Genehmigungen für die Elfenbeinküste und den Tschad keine Erwähnung, da beide Länder letztmals 2014 in dem Jahresbericht des UN-Generalsekretärs erwähnt wurden.

<sup>8</sup> Indian Army receives first 10,000 SIG Sauer assault rifles. Jane's online, 16.12.2009: <https://www.janes.com/article/93208/indian-army-receives-first-10-000-sigsauer-assault-rifles>; Army plans to order another 72,000 assault rifles from the US. Times of India (online), 12.7.20: <https://timesofindia.indiatimes.com/india/army-plansto-order-another-72000-assault-rifles-from-the-us/articleshow/76927638.cms>

ausgerufenen "Krieges gegen Drogen": Laut philippinischer Regierung wurden zwischen 2016 und 2019 dabei insgesamt 6.600 Tötungen durch Polizeikräfte durchgeführt<sup>9</sup> - Schätzungen der VN und philippinischer Aktivist:innen gehen von 25.000 Tötungen aus, darunter auch von vielen Kindern.<sup>10</sup> Auch wenn die Bundesregierung in den letzten Jahren wenig direkte Rüstungsexporte genehmigt hat, toleriert sie den Re-Export deutscher Kleinwaffen über die USA an philippinische Sicherheitskräfte: So hat Sig Sauer 2018 einen Lieferauftrag für 2.702 in den USA zusammengebaute SIG M400 Sturmgewehre und 2019 für 829 SIG716 G2 Scharfschützengewehre für die philippinischen Streitkräfte erhalten.<sup>11</sup>

Ähnlich verhält es sich für **Kolumbien**: Die VN dokumentierten zwischen 2016 und 2019 die Rekrutierung von 706 Kindern und die Tötung und Verstümmelung von 232 Kindern durch verschiedene bewaffnete Gruppen.<sup>12</sup> Zwar reduzierte die Bundesregierung Ihre Rüstungsexporte auf 98 Millionen EUR für diesen Zeitraum und agierte mit Blick auf Kleinwaffenexporte zurückhaltender. Dennoch gelangten deutsche Kleinwaffen nach Kolumbien, indem deutsche Unternehmen die USA als Zwischenhändler für den Weiterexport nutzten. So gelangten zwischen 2009 und 2011 wenigstens 38.000 in Deutschland gefertigte Sig Sauer-Pistolen über die USA illegal nach Kolumbien, die Container aus Deutschland wurden in den USA einfach umetikettiert und weitergeleitet. Im April 2019 verurteilte ein deutsches Gericht daraufhin drei Manager von Sig Sauer zu Bewährungsstrafen und Bußgeldzahlungen. Auch das Unternehmen selbst wurde verpflichtet, die Gewinne aus den illegalen Geschäften zurückzuzahlen. Die Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt zurzeit wegen des Verdachts erneuter illegaler Lieferungen von Sig Sauer-Waffen nach Kolumbien, Mexiko und Nicaragua.

Als ein weiteres Beispiel für den Verstoß Deutschlands gegen die Kinderrechtskonvention und die dazugehörigen Zusatzprotokolle kann die Genehmigung der Lieferung von Rüstungsgütern an die von **Saudi-Arabien geführte Militärkoalition im Jemen** seit 2015 herangezogen werden. So erhielten Ägypten, Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Saudi-Arabien, Senegal, Sudan und die Vereinigten Arabischen Emirate seit 2015 Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von 6,4 Mrd. EUR für ein breites Spektrum an Waffensystemen (von Kleinwaffen bis hin zu Kampfflugzeugen). Dies geschah, obwohl die Vereinten Nationen seit 2014 mehr als 4.000 schwere Kinderrechtsverletzungen (z.B. Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser und die Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe) und mindestens 8.000 getötete oder verstümmelte Kinder dokumentiert haben - die saudisch geführte Militärkoalition wird für mindestens 3.550 dieser Opfer verantwortlich gemacht.<sup>13</sup> Darüber

<sup>9</sup> 6,600 killed in war vs drugs from July 2016 to May 2019 — PNP. Inquirer.net (online): <https://newsinfo.inquirer.net/1131433/6600-killed-in-war-vs-drugsfrom-july-2016-to-may-2019-pnp>

<sup>10</sup> How Countries Like the Philippines Fall into Vigilante Violence. New York Times, 11.9.2016. <https://www.nytimes.com/2016/09/12/world/asia/the-philippinesrodrigo-duterte-vigilante-violence.html>; Human Rights Watch (2019): UN Needs to Act Now to End Philippines Killings. 24.6.2019. <https://www.hrw.org/news/2019/06/24/un-needs-act-now-end-philippines-killings>

<sup>11</sup> Assault Rifle 5.56mm M4/AR-15 Platform Acquisition Project (2018) of the Philippine Army. 3.11.2019. <https://www.phdefenseresource.com/2019/11/assault-rifle-556mm-m4ar-15-platform.html> ; Duterte changes his mind, OKs U.S. assault rifle deal for Philippine police. UPI (online), 15.11.2016.

<https://www.upi.com/Defense-News/2016/11/15/Dutertechanges-his-mind-OKs-US-assault-rifle-deal-for-Philippinepolice/1371479147588>; Raymundo, Percecto T. & Musico, Jelly F. (2016): It will be a loss for US if firearms deal won't push through: Dela Rosa. Philippines News Agency, 2.11.2016. (No weblink available); Sig Sauer introduces M400 Carbine. (online) 30.9.2011. For the SIG716 sniper rifles see <https://www.asiapacificdefensejournal.com/2020/01/philippinesreceive-shipment-of-new-sig.html>

<sup>12</sup> UN Secretary General (2019): Children and armed conflict in Colombia. UN Doc S/2019/1017, 2019, S.5ff. <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N2000035.pdf>; UN Secretary-General (2020): Children and armed conflict. UN Doc S/2020/525, 2020, S.8f. [https://www.un.org/sg/sites/www.un.org.sg/files/atoms/files/15-June-2020\\_SecretaryGeneral\\_Report\\_on\\_CAAC\\_Eng.pdf](https://www.un.org/sg/sites/www.un.org.sg/files/atoms/files/15-June-2020_SecretaryGeneral_Report_on_CAAC_Eng.pdf)

<sup>13</sup> Siehe die Länderabschnitte zum Jemen in UN Secretary-General (2015): Report on children and armed conflict in Iraq 2015. UN-Doc. S/2015/852. <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N1535632.pdf>, UN

hinaus verdeutlicht der Jemenkrieg, welche langfristigen negativen Wirkungen die Vergabe von Produktionslizenzen haben können: so erhielt Saudi-Arabien 2008 eine Produktionslizenz ohne Obergrenze für die G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch, Gewehre, die jetzt von Saudi-Arabiens Verbündeten im Jemenkrieg eingesetzt werden und auch zu Houthi- und Al-Qaida-Milizen gelangt sind.

Auch das Beispiel **Brasilien** verdeutlicht, dass eine restriktive Rüstungsexportpraxis und Endverbleibskontrolle auch in Kontexten hoher staatlicher Gewalt und staatlicher Repression unabdingbar ist. Seit 2014 wurden für Brasilien deutsche Rüstungsexporte im Wert von mehr als 330 Millionen EUR genehmigt. Hierzu zählten u.a. Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Gewehre, Pistolen, Kleinwaffenmunition und sogar Airbus H225 Hubschrauber. Gleichzeitig wurden in Brasilien von 2014 bis 2020 mehr als 28.000 Menschen bei staatlichen „Sicherheitsoperationen“ von Polizisten und Militärs getötet. Zwischen 2014 und 2018 hat sich die jährliche Opferzahl gar von 3.146 auf 6.220 fast verdoppelt – 2017 und 2018 waren 10% der Opfer Kinder.<sup>14</sup> Hauptverantwortlich für die dokumentierten Opfer ist die brasilianische Militärpolizei, welche die Maschinenpistole MP5 von Heckler & Koch als eine bevorzugte Waffe nutzt. Nach Erkenntnissen der brasilianischen Staatsanwaltschaft wurde eine solche Waffe auch bei der politischen Ermordung von Marielle Franco, einer bekannten Stadträtin von Rio de Janeiro und Menschenrechtsaktivistin gegen Polizeigewalt, genutzt. Darüber hinaus gibt es Belege dafür, dass wenigstens in einem Fall ein älteres Hubschraubermodell von Airbus bei sogenannten Sicherheitsoperationen in Rio de Janeiro für den Beschuss von Zivilisten aus der Luft benutzt worden ist.<sup>15</sup> Auch die Lieferung von wenigstens 3.140 Sig Sauer P320 Pistolen aus den USA an die Bundespolizei von Ceará in 2018 gibt zu denken angesichts mehrerer Hundert seit 2015 dokumentierter und unrechtmäßiger Tötungen von Zivilisten, darunter auch Kinder - durch dieselbe Polizei.<sup>16</sup>

Positiv zu werten ist die Tatsache, dass Deutschland 2018 und 2019 fast keine Exporte von Kleinwaffen und zugehöriger Munition in sogenannte Drittländer mehr genehmigt hat. Dafür stiegen die gesamten Kleinwaffenexporte – vor allem in NATO- und EU-Länder - aber massiv auf einen absoluten Rekordwert von 69,49 Millionen EUR im Jahr 2019 an. Das entspricht einer Steigerung von 79 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (38,91 Millionen EUR) und ist der höchste Wert seit 2013. 2020 waren es 37,6 Millionen EUR.<sup>17</sup> Wie die Beispiele zeigen, gelangt die tödliche Fracht aus den EU- oder Nato-Ländern häufig in Kriegsgebiete, legal oder illegal. Darüber hinaus sind die Angaben zu den Genehmigungen für Kleinwaffenexporte im jährlichen Rüstungsexportbericht auf diejenigen Kleinwaffen beschränkt, die unter die EU-Definition fallen, welche weitaus enger ist als die Definition der VN (s.u.).

---

Secretary-General (2015, 2016, 2017, 2018, 2019): Annual Reports Children and Armed Conflict:

<https://childrenandarmedconflict.un.org/document-type/annual-reports/>

<sup>14</sup> Siehe Jahresberichte des Forum Brasileiro de Segurança Pública 2014-2018 "Anuário Brasileiro Segurança Pública": <https://forumseguranca.org.br/>

<sup>15</sup> terre des hommes & Instituto Sou da Paz (2020): "Stop killing us!" – Police Violence Against Children and German and Swiss Arms Exports to Brazil

<sup>16</sup> Major foreign guns purchase by Brazilian LE market. 8.8.2018.

<https://www.thefirearmblog.com/blog/2018/08/08/major-foreign-guns-purchase-by-brazilian-le-market/>; Com concorrentes a caminho, a Taurus está pronta para atirar. 2018.

<https://www.taurusarmas.com.br/pt/noticias/com-concorrentes-a-caminho-a-taurus-esta-pronta-para-atirar/>; anderen Quellen zufolge hat die Polizei in Ceará insgesamt sogar 15.000 P320 Pistolen von Sig Sauer bestellt (This Brazilian State Seems to Have Turned a Corner on Violence. Amiercas Quarterly, 6.8.2019).

<https://www.americasquarterly.org/article/this-brazilian-state-seems-to-have-turned-a-corner-on-violence-but-can-it-last/>).

<sup>17</sup> <https://www.dw.com/de/deutsche-r%C3%BCstungsexporte-sinken-nach-rekordjahr-um-ein-viertel/a-56162044?maca=de-rss-de-all-1119-rdf>

### **Die wichtigsten strukturellen Defizite, die überwunden werden müssen:**

1. Die Bundesregierung weigert sich nach wie vor, die VN-Arbeitsdefinition von „Kleinwaffen“ und „Leichten Waffen“ in den deutschen Gesetzen und Verordnungen zu verankern, obwohl diese Definition auch Teil des 2014 von Deutschland ratifizierten Waffenhandelsvertrags (ATT) ist. Deutschland verstößt an dieser Stelle also gegen den ATT. Pistolen, Präzisionsgewehre, Jagd- und Sportgewehre sowie „zivile“ halbautomatische Gewehre werden ausgelassen, ebenso wie dazugehörige Komponenten. Dadurch bildeten die Zahlen zu Kleinwaffenlieferungen, die im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung angegeben werden, in den Jahren 2014-2019 im Schnitt nur knapp ein Viertel (23%) der tatsächlichen Lieferungen ab, d.h. drei Viertel der Kleinwaffenexporte werden vom Rüstungsexportbericht der Bundesregierung nicht als solche erfasst.<sup>18</sup>
2. Bisher gibt es praktisch keine Kontrollen des Endverbleibs, um die unkontrollierte Weiterverbreitung deutscher Waffen und Munition zu unterbinden. Zwischen 2014 und 2019 wurden nur acht solcher Kontrollen durchgeführt, und diese auch nur bei freiwilliger Zustimmung des Käuferlandes.<sup>19</sup>
3. Die restriktiven Vorgaben des deutschen Kriegswaffenkontrollgesetzes, welche den Export von Kriegswaffen verbietet, „wenn Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, ..., verwendet werden“, öffnen einen weitaus größeren Interpretationsspielraum als die Ablehnungskriterien in den „Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, die 2019 überarbeitet wurden aber bis heute nicht einklagbar sind. Die Vorgaben des Kriegswaffenkontrollgesetzes decken ferner einen Großteil der Rüstungsexporte Deutschlands nicht ab, der nicht Teil der „Kriegswaffenliste B“ ist. Vor allem aber ist das Gesetz durch die Sonderbehandlung für EU- und NATO-Staaten ausgehöhlt worden. Diese Länder sind de facto von Genehmigungskontrollen ausgenommen. Die Realität zeigt jedoch, dass deutsche Rüstungsgüter aus diesen Ländern in großen Mengen in Konfliktgebiete und Länder mit fragwürdiger Menschenrechtperformance weitergeleitet werden und dass deutsche Rüstungsgüter bei von beispielsweise den USA geführten Militärinterventionen ohne VN-Mandat zum Einsatz kommen. Beides führt zu schweren Menschen- (und Kinder)rechtsverletzungen. Die USA als größter Abnehmer deutscher Rüstungsgüter sind de facto Deutschlands inoffizieller Waffenhandelsposten Nr. 1 – sozusagen ein globaler „Hub“ und Verteiler.
4. Es bestehen weiterhin gravierende Mängel hinsichtlich der Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Entscheidungen über den Export von Rüstungsgütern. Beispielsweise werden im jährlichen Rüstungsexportbericht nach wie vor nur sehr hoch aggregierte Informationen über die Exportgenehmigungen an EU, NATO- und der NATO gleichgestellte Staaten veröffentlicht.

---

<sup>18</sup> Rüstungsexportberichte der Bundesregierung; Infobox 8b und Anhang 4 in Steinmetz, C. (2020): Kleinwaffen in kleinen Händen.

<sup>19</sup> Deutscher Bundestag 2018, Drucksache 19/4350, 2018, S.5 und BMWi 2020: Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2019, S.7.

5. Obwohl die Bundesregierung das immanente Risiko der Lizenzproduktion von Waffen und Munition im Ausland anerkannt hat, werden bisher keine Maßnahmen unternommen, um diese zu unterbinden bzw. effektiv zu kontrollieren. Im Gegenteil, mit der Gewährung von Lizenzen für den Transfer von Know-How und Technologien oder gar dem kompletten Aufbau von Produktionsanlagen hat die Bundesregierung die Grundlage für die Verfügbarkeit deutscher Waffen auf Jahrzehnte hinaus geschaffen, die sich deutscher Kontrolle weitgehend entziehen. So wurde beispielsweise Heckler & Koch 2008 erlaubt, eine Fertigungslinie für G-36-Gewehre in Saudi-Arabien aufzubauen – das bedeutet sozusagen „grünes Licht“ für die unkontrollierte Verbreitung deutscher Rüstungsgüter in Konflikt- und Kriegsgebieten.

### **Empfehlungen**

Wenn sie ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen und den eigenen politischen Ansprüchen gerecht werden will, wenn sie Außenpolitik an den „do-no-harm“-Prinzipien und wirklich im Einklang mit ihren eigenen „Leitlinien Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“<sup>20</sup> gestalten will, muss die Bundesregierung den Verkauf von Waffen, Munition, Rüstungskomponenten und Technologien an Länder, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind und in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden, gesetzlich verbieten. Hierfür bedarf es einer grundsätzlichen Überarbeitung und Vereinheitlichung der deutschen Rüstungsexportgesetze. Folgende Schritte sollten umgehend erfolgen:

- die rechtsverbindliche Umsetzung der Kriterien zur Verhinderung von Rüstungsexporten in Krisengebiete, die im „Gemeinsamen Standpunkt der EU für Rüstungsexporte 2008“ und in den „Politischen Grundsätzen“ der Bundesregierung niedergelegt wurden: dafür muss schnellstmöglich ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland von der Regierung vorbereitet und vom Bundestag verabschiedet werden; Rüstungsexporte an Drittländer sollten grundsätzlich unterbleiben (und nur in wenigen Ausnahmefällen, die überzeugend begründet werden, zugelassen werden);
- die vollumfängliche Übernahme des Waffenhandelsvertrags (ATT) in die deutsche Gesetzgebung inklusive der gesetzlichen Verankerung der VN-Arbeitsdefinition für „Kleinwaffen“ und „Leichte Waffen“ aus dem Jahr 2005, die laut Waffenhandelsvertrag verpflichtend ist, um zu ermöglichen, dass Kleinwaffen, wie z.B. Pistolen, Handgranaten und verschiedene Gewehrtypen, als solche erfasst werden und fortan die Exportkontrollen nicht mehr unterwandern können;
- die genaue Prüfung und ggf. Nichtgenehmigung von Rüstungsexporten auch in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten, um den Re-Export von deutschen Waffen über solche Staaten in Länder mit schweren Menschen- und Kinderrechtsverletzungen zu unterbinden und den Einsatz dieser Waffen in nicht durch die VN mandatierten Militärinterventionen zu verhindern;
- einen sofortigen Stopp der Genehmigung von Transfers von Know-How, Technologie und Herstellungsausrüstungen für den Aufbau und die Instandhaltung von Produktionsanlagen für Kleinwaffen, Leichte Waffen und deren Munition und anderer Rüstungsgüter im Ausland erwirken, um die auf Jahrzehnte unabsehbaren negativen Folgen einzudämmen;

---

<sup>20</sup> Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung.

- die Einführung effektiver und obligatorischer Endverbleibskontrollen für alle Empfänger deutscher Rüstungsgüter und konsequenter Sanktionen bei Nichteinhaltung des vereinbarten Endverbleibs;
- die Einführung eines Verbandsklagerechts gegen genehmigte Rüstungsexporte;
- die Erhöhung der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Bundesregierung für Genehmigungsentscheidungen und tatsächlich erfolgte Rüstungsexporte, u.a. durch eine verbesserte parlamentarische Kontrolle, eine schriftliche Begründung von Rüstungsexportgenehmigungen und eine deutlich erweiterte Berichtspflicht (z.B. vollständige Darstellung der Rüstungsexporte auch an EU- und NATO-Länder [und diesen gleichgestellte Staaten] im jährlichen Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, etc.);
- ein Verbot für die Bundeswehr, mit Streitkräften zusammenzuarbeiten, die Minderjährige rekrutieren. Das muss für die bilaterale Ausbildungshilfe gelten und für die Beteiligung an Militär-Interventionen;
- der entschiedene Einsatz der Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine EU-Verordnung zur Kontrolle von Rüstungsexporten, die Handlungen, die dem „Gemeinsamen Standpunkt von 2008“ widersprechen, sanktioniert. Auch auf VN-, NATO- und OSZE-Ebene sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Rüstungsexportverbote von allen Mitgliedsländern eingehalten werden.

Schließlich sollte die Bundesregierung im Rahmen der aktuellen Formulierung eines verbindlichen „Lieferkettengesetzes“ auch alle in Deutschland ansässigen Rüstungsunternehmen verpflichten, ihre menschrechtlichen Sorgfaltspflichten für ihre Geschäftstätigkeiten in Deutschland und im Ausland wahrzunehmen.

Brot für die Welt und terre des hommes setzen sich seit Jahren für eine restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und die Umsetzung und Einhaltung des Internationalen Waffenhandelsvertrages ein (ATT).

terre des hommes und seine Partner engagieren sich seit den 1990er Jahren speziell für den Schutz von Kindern vor Rekrutierung und für die Reintegration von Kindersoldat\*innen, beispielsweise in Kolumbien, Mosambik, Myanmar und den Philippinen. Schwerpunkte bei der Reintegration sind Traumahilfe, schulische und berufliche Bildung und die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten.<sup>21</sup>

Brot für die Welt unterstützt Partner im Engagement für den Schutz von Kindern vor Rekrutierung und die Resozialisierung von Kindersoldaten, u.a. in der DR Kongo.<sup>22</sup>

Kontakt:

Silke Pfeiffer, Leitung Referat Menschenrechte & Frieden, Brot für die Welt, 030-65211-1401, [silke.pfeiffer@brot-fuer-die-welt.de](mailto:silke.pfeiffer@brot-fuer-die-welt.de)

Ralf Willinger, Referent für Kinderrechte, terre des hommes, 0541-7101-108, [r.willinger@tdh.de](mailto:r.willinger@tdh.de)

---

<sup>21</sup> [www.kindersoldaten.de](http://www.kindersoldaten.de); <https://www.tdh.de/was-wir-tun/projekte/suedamerika/kolumbien/meldungen/projektbesuch-first-lady/>

<sup>22</sup> <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/kindersoldaten/>